

Das Zentrum in Preußen

Die Verhandlungen des Preussischen Zentrums-Parteitages

Berlin, den 30. Oktober

Im Anschluß an den glänzend verlaufenen Reichsparteitag der Deutschen Zentrumspartei trat gestern vormittag im Landtaggebäude die preussische Zentrumspartei zusammen. Um 9.30 Uhr eröffnete der Vizepräsident des Preussischen Landtages, Geheimrat Dr. Forst, die Tagung. Unter den Teilnehmern sah man unter anderem den Preussischen Wahlkreiskämmerer Dr. Forst, den früheren Preussischen Ministerpräsidenten Siegenwald und den Reichstagsabgeordneten Herold.

Der Abgeordnete Gottwald richtete in seinem Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion die Haltung der preussischen Zentrumspartei, die ebenso, wie das Reichszentrum eine Politik der Mitte getrieben habe, die ihren Ausdruck in der Sammlung aller Volkskräfte findet. Das Zentrum sei die einzige deutsche Partei, die mit dem Grundgedanken der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ernst gemacht habe. Besonders betonte er, daß

auf dem Gebiete des Schulwesens

das Zentrum sich niemals durch die gemeinsame Mitarbeit mit den Sozialdemokraten in der Regierung ergeben habe, sondern die Sozialdemokratie kulturpolitisch abhängig gemacht habe. Wenn man behaupte, der starke Gegensatz zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gerade auf dem Gebiete der Kulturpolitik mache die Zusammenarbeit der beiden Parteien in der Regierung unmöglich, so sei dem entgegenzuhalten die Tatsache, daß die christliche Schule den fortschreitenden Fortschritt der Revolution überstanden hätte. Sie hörte die antichristliche Einstellung der Sozialdemokratie eingeschätzt wurde, desto größer seien die Verdienste des Zentrums zu werten. Es habe sich also von den sozialdemokratischen Koalitionsgenossen in keiner Weise beeinflussen lassen, sondern das Zentrum habe gefordert, was nach seiner Überzeugung unbedingt erhalten und gefördert werden mußte.

In den Tatsachen liege die beste Verteidigung der Zentrumspolitik. Wer sie mit gehässigen Worten angreife, müsse erst nachweisen, was er zu dem erzielten Ergebnis beigetragen, und wie er die Aufgabe zu lösen gedachte, die nach der Revolution vielen unlösbar seien, die heute nicht genug Kritik über können. Im übrigen müßten auch unsere linksgerichteten Koalitionsgenossen ganz genau, daß die Koalition mit dem Zentrum in dem Augenblicke unmöglich wäre, wo sie die christliche Kirchen- und Schulpolitik des Zentrums zu unterbinden versuchten. Die deutsche Kultur, die Preußen durch seine Arbeit und für sein Gebiet zu pflegen hat, muß eine christliche Kultur sein, das ist der Sinn und das Ziel der Zentrumspolitik. Im Geiste des Christentums wird das deutsche Volk sich den Weg zu seiner Erneuerung bahnen. In diesem Zeichen wollen wir die Wahlschlacht des 7. Dezember siegreich schlagen. (Lebhafte Beifall.)

Geheimrat Dr. Forst führte unter lebhaftem Beifall aus: Geheimrat kommt dem Preussischen Landtag erhöhte Bedeutung in der Landespolitik nicht nur, sondern auch in der politischen Entwicklung des Reiches zu. — Besonders ausführlich beschäftigte sich Dr. Forst mit der Frage der Koalition mit der Sozialdemokratie. Das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie in der Politik bedeutet noch lange nicht eine Befinnungs-

gemeinschaft mit der Sozialdemokratie. Das unvermeidliche Zusammengehen mit der Sozialdemokratie hat aber auf der anderen Seite sogar Momente für sich, die auch im kommenden Wahlkampf nicht übersehen werden dürfen: wenn wir Ruhe im Innern haben, so ist das gerade der Mitarbeit der Sozialdemokratie an der preussischen Regierung auch zum großen Teile zuzuschreiben. Gerade ein sozialdemokratischer Innenminister war besser als vielleicht ein deutschnationaler in der Lage, die Kommunisten im Zaum zu halten.

Dr. Forst kam in diesem Zusammenhange auf die Verfaßung von deutschnationaler Seite zu sprechen, die große Koalition in Preußen aufzuheben. Ein solches Verlangen hätten die deutschnationalen wohl kaum in Bayern oder Württemberg erhoben. Hätten die Deutschnationalen nach den Wahlen diese Forderung nicht erhoben, so wären sie vielleicht in die Reichsregierung hineingekommen und hätte sich dort ein Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen nützlich erwiesen, so wäre vielleicht im Laufe der Zeit auch in Preußen ein Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen ermöglicht worden. Die Zusammenarbeit des Zentrums mit der Sozialdemokratie in Preußen hat aber weiter die Reichspolitik zum großen Teil ermöglicht. Wenn im übrigen unsere Gegner das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie in der Regierung gerade

vom christlichen Standpunkte

aus immer wieder angreifen zu sollen glauben, so ist dem entgegenzuhalten, daß wir nun einmal gezwungen sind, mit dem sogenannten „neuen Heidentum“, wie Bischof Stettler es einmal nannte, uns abzufinden. Dieses neue Heidentum aber ist nicht so sehr durch die Sozialdemokratie großgezogen worden, als vielmehr durch Aufhebung des Taufzwanges, Einführung der Zivildienst- und manche andere Einflüsse des Liberalismus. Auch die Angriffe auf die

Welmarer Verfassung.

die eine Verfassung ohne Gott sei, sind unbedeutend. In der alten Bismarckschen Verfassung fehle nicht nur das Wort Gottes, sondern jedes Wort über das Verhältnis des Staates zu den christlichen Kirchen, während die Welmarer Verfassung die Freiheit der Kirche ausdrücklich anerkenne, so daß ausnahmslos die katholische Kirche in Deutschland sich so frei wie kaum in irgend einem anderen Staat entfalten könne. Dr. Forst schloß mit einem warmen Appell an alle Parteigenossen im Lande, jetzt mit Mut und Vertrauen an die Arbeit zu gehen, damit wir mit der Parole für Wahrheit, Freiheit und Recht am 7. Dezember den Sieg erringen.

Der Vorstand der Preussischen Zentrumspartei

bleibt unverändert. Die preussische Landespartei wird auch weiterhin unter Führung des bewährten Geheimrats Dr. Forst stehen.

Es sind folgende Zuwahlen getätigt worden:

An Stelle des verstorbenen Regierungs- und Schulrats Kamp-Winkler i. B. wurde H. Heintzsch, Schulrat, gewählt. An Stelle des gleichfalls verstorbenen Polizeirat Dr. Buch-Cuddeheime wurde Regierungsdirektor Sch. an Stelle des Reichsanwalts Rehbinder-Berlin wurde Staatssekretär Dr. Brußler-Berlin gewählt.

Einleitung Owen Young befand sich u. a. Mr. Robinson, der dem Büro des Generalagenten für Reparationszahlungen angehört wird. Young hat bereits seinen namhaften die Amtsgeschäfte dem neuen Generalagenten für Reparationszahlungen Gilbert übergeben, verfügt aber noch, wie er Pressevertretern lächelnd erklärte, über das Reparationskontingent. Owen Young wird sich noch bis Sonntagabend in Berlin aufhalten, um dann endgültig die Heimreise nach Amerika über London anzutreten. Der neue Generalagent für Reparationszahlungen Gilbert teilt heute nachmittag in Begleitung des französischen Finanzattachés, der in Berlin ein. Owen Young kehrt mit Rücksicht auf die bereits erfolgte Übergabe der Geschäfte die Meinungäußerung über die Reparationszahlungen ab. Nach den Wahlausichten in Amerika befragt, erklärte Young, der selbst Demokrat ist, daß wahrscheinlich der Republikaner Coolidge den erringen werde.

Wien, 30. Oktober. In einer Versammlung amerikanischer Wirtschaftler erklärte heute Schöpferleiter Wilson, daß das Zollgesetz die beste Methode zum Wiederaufbau Europas wäre. Offiziell hätte sich das Londoner Abkommen schon ausgewirkt. Die Verlesung des amerikanischen Marktes und des Aufstiegs der chemischen Industrie wären die ersten Anzeichen für eine weitere günstige Entwicklung.

Um die Steuer-Reform

Berlin, 30. Oktober. Reichsfinanzminister Dr. Luther hat die Vertreter der Länder zu einer Besprechung für Freitag, den 31. Oktober nach Berlin geladen. In dieser Besprechung wird der Reichsfinanzminister die Resultate der Erhebungen, die seit einiger Zeit innerhalb des Reichsfinanzministeriums über eine Umformung der Steuern Schwaben, mitteilen. In der Hauptsache soll es sich bei der geplanten Reform um eine Vereinfachung der Steuererhebung handeln.

Berlin, 30. Oktober. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Epigonorganisation der christlich-nationalen Arbeitnehmer, hat an den Reichsminister der Finanzen folgende Eingabe gerichtet:

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten auf der einen Seite und die in kaum nennenswerter Weise nachfolgende Lohnentwicklung auf der anderen Seite machen es dringend erforderlich, daß jedes Mittel versucht wird, um eine Besserung in der Lage der wirtschaftlich Schwachen herbeizuführen. Es besteht kein Zweifel, daß die Umsätze in der Wirtschaft in ihrer jetzigen Höhe namentlich bei den Lebensmitteln eine schwere Belastung der Konsumenten darstellt. Wir bitten die Reichsregierung der Erleichterung einer zumindest vorübergehenden Aufhebung der Umsätzesteuer für den Lebensmittelhandel nachzudenken, in erster Linie für Brotgetreide, Weizen, Reis, Milch, Kartoffeln und Fett. Außerdem noch der steuerrechtlichen Seite ist es unsern Erdrachten dadurch abzuweichen, daß im Reich eine einheitliche Umsätzesteuerung dort unterbleibt, wo eine Trennung der verschiedenen Warengruppen sehr große Arbeitsbelastung sowohl des Handels wie der Steuerbehörden zur Folge haben würden.

München, 30. Oktober. Die Anträge auf steuerliche Begünstigung der Landwirtschaft, die Finanzminister Dr. Krausnick zu einer Absichtserklärung veranlaßt hatten, sind von der gestrigen Tagesordnung des bayerischen Haushaltsausschusses abgesetzt worden. Die Koalitionsparteien hatten am Nachmittag mit dem Finanzminister eine Besprechung. Dr. Krausnick hat die Beratung bis Mittwoch nächster Woche vertagt, weil angenommen wird, daß bis dahin das Ergebnis der Besprechungen über Steuererleichterungen zwischen dem Reichsfinanzminister und den Finanzministern der Länder vorliegt.

Ergebnislose Lohnverhandlungen

Berlin, 30. Oktober. Die Organisationsvertreter der Reichsbeamten und Angestellten wurden am Mittwoch erneut im Reichsfinanzministerium um eine Erhöhung der Bezüge vorstellig. Es wurde ihnen erklärt, daß seit der letzten Besprechung keine Veränderung eingetreten sei, die es dem Reichsfinanzminister ermöglichte, eine andere Haltung gegenüber der erhobenen For-

derung einzunehmen. München, 30. Oktober. Im Sachhaltungsausschuß des bayerischen Landtages wurde von der Regierung auf Anfrage erklärt, daß die Löhne in den Staatsbetrieben im Erwohnen mit den Privatunternehmungen geregelt seien. Die Regierung ist nicht in der Lage, die Löhne zu erhöhen, es sich des Aufbruchs schuldig zu machen. Es steht eine Regelung der Lohnfrage in den Reichsbetrieben bevor, die abgewartet werden müsse.

Weineidsverfahren gegen Loeb

Belmar, 30. Oktober. Gestern nachmittag 4 Uhr trat der vom Landtag von Thüringen auf Antrag der Sozialdemokraten gebildete Untersuchungsausschuß für den Fall Loeb zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zunächst wurde die Wahl des Vorsitzenden erledigt, die auf den Abgeordneten von Thümmel (Landbund) fiel. Bei der Wahl des Berichterstatters einigte man sich dahin, daß der Kassenprüfer wegen der Berichterstatterfrage amputiert werden soll und daß für andere Fälle aus dem Verfahren der parlamentarische Untersuchungsausschuß des Reichstages herangezogen werden solle. Deshalb wurde der Ausschuß zunächst verlegt. Sein Wiederzusammentritt ist nicht vor dem 5. November zu erwarten.

Berlin, 30. Oktober. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Belmar: Wie wir zuverlässig erfahren, schneht bei der Staatsanwaltschaft Belmar gegen den entlassenen thüringischen Staatsbankpräsidenten Loeb das Vorverfahren wegen Meineids.

Berliner Börse

Mittelst von unten		30. 10.	29. 10.
Preussischer Staat		47.75	40.25
Balt. Wiedergeb.		14	—
Chem. Aktien			
B. B. (Schellwagel)		16.25	16.5
B. B. (H. H. H.)		9.8	9.75
B. B. (H. H. H.)		10.75	10.25
B. B. (H. H. H.)		9.8	9.5
B. B. (H. H. H.)		10.75	10.25
B. B. (H. H. H.)		13.25	12.5
B. B. (H. H. H.)		10.7	10.25
B. B. (H. H. H.)		8.5	8.15
B. B. (H. H. H.)		40	38.9
B. B. (H. H. H.)		3.4	3.5
B. B. (H. H. H.)		—	15.75
Metallurgische Aktien			
Metallurgische Aktien		26.7	24.65
Metallurgische Aktien		8.1	7.75
Metallurgische Aktien		11.125	1.9
Metallurgische Aktien		—	6.75
Metallurgische Aktien		21	—
Metallurgische Aktien		104	127.5
Metallurgische Aktien		37	36.75
Metallurgische Aktien		45.5	42.5
Metallurgische Aktien		9.25	8.125
Maschinen-Aktien			
Maschinen-Aktien		4.75	4.1
Maschinen-Aktien		60.5	16
Maschinen-Aktien		2.975	2.7
Maschinen-Aktien		6.7	6.75
Maschinen-Aktien		3.5	3.1
Maschinen-Aktien		1.125	1.025
Maschinen-Aktien		2.8	2.8
Maschinen-Aktien		40	40
Maschinen-Aktien		14.8	14
Maschinen-Aktien		8.2	7.75
Maschinen-Aktien		—	—
Bank- und Wechsel-Aktien			
Bank- und Wechsel-Aktien		2.75	2.5
Bank- und Wechsel-Aktien		—	1.2
Bank- und Wechsel-Aktien		16.5	15.75
Bank- und Wechsel-Aktien		2.775	—
Bank- und Wechsel-Aktien		14.1	14.1
Bank- und Wechsel-Aktien		18.25	18
Bank- und Wechsel-Aktien		24.5	22
Bank- und Wechsel-Aktien		26.5	24.5
Bank- und Wechsel-Aktien		21.75	20.75
Bank- und Wechsel-Aktien		23.5	22
Bank- und Wechsel-Aktien		12.625	12.5

Witterungsbericht für den 30. Oktober abends bis 31. Oktober abends: Stark bewölkt, zeitweise Regen, amfangs noch gemäßigete Temperaturen, später kühler, gemäßigter westlicher Wind.

zeichnen: Die Wahrheit und die Gerechtigkeit. Auf diesen Grundpfeilern hat die Partei aufgebaut. Auf ihnen beruht ihre ganze Stärke. Das sind aber auch gleichzeitig die einzigen Säulen, die auf die Dauer den Bestand und Erfolg einer Politik garantieren können. Wahrhaftigkeit ist der erste Grundsatz der Zentrumspolitik. Darum sah und sieht das Zentrum die Dinge in aller Offenheit, darum griff es in aller Schärfe die Einzelheiten des Lebens heraus, um die Wunden bloßzulegen und der gesunden Kraft die Entwicklungsmöglichkeit zu geben. Nur wer die Dinge sieht, wie sie sind, kann sich ein Lebensbild für die Zukunft gestalten, kann die Wege erkennen, die zu dieser Zukunft führen. Diese Wahrhaftigkeit kennt allerdings keine Schonung. Und das Herz der Feinde, deren Irrwege gekennzeichnet werden mußten, stürzte sich naturgemäß auf diese Partei der Mitte. Aber es kann ihr nichts anhaben. Und in Zeiten, in denen mit größerer Deutlichkeit die Verantwortung in die Erscheinung tritt, enthüllt sich alle Gerechtigkeit als Frage, als Forderung, als Berufung. Aus der Wahrheit handelt man, muß nach dem Rechte handeln. Es ist aber eine alte bekannte Sache, daß dem Gerechten in jeder Stunde neue Gegner entgegen stehen. Die Welt als solche hat nämlich diesen Gerechtigkeitsstandpunkt verlassen und statt dessen den Weg des Egoismus eingeschlagen. Sie kennt keine Rücksicht mehr auf den anderen, sondern betrachtet alles nur im Geiste des eignen Profits. Dar um wurde das Zentrum so oft in unerhörter Weise mit Hohn und Anklagen überschüttet, weil es in diesem Egoismus der Zeit eingzugreifen sich getraute, und mitten in das Chaos des 19. und 20. Jahrhunderts die Idee der Pflicht, der Gegenseitigkeit, der Hilfe und der gerechten Lastenverteilung hineinstellte. In diesem Geiste hat die Partei die Probleme der Wirtschaft, der Arbeit, der Kultur zu lösen gesucht und diese Lösung dort, wo sie überhaupt möglich war, zustande gebracht. Politik ist Fürsorge für das Volk. Aber nur wer in Wahrheit und Gerechtigkeit alle Umstände abwägt, ist imstande, diese Politik der Fürsorge für das Volk zu machen. Im Sinne des Zentrums werden deshalb auch Partei und Staat als Einzelbegriffe dem Begriffe Volk untergeordnet, sie werden zu Dingen zweiten Ranges, sie sind nur Hilfsmittel, um den Wohlstand des Volkes umso besser zu ermöglichen.

Darin also, in den vorstehenden beiden Charaktermerkmalen, besteht das Geheimnis des Zentrums, kraft dessen es die Dinge meistert, kraft dessen es möglich wurde, immer wieder in der Partei selbst die große Einmütigkeit der Entschlüsse herzustellen. In diesem Sinne aber ist es notwendig, auch hier noch einmal festzustellen, daß gerade, um die beiden Hauptprinzipien des Zentrums aufrecht zu erhalten, das Zentrum bei der letzten Krise im letzten Augenblicke den Rechtsblock ablehnte, nachdem man die Unwahrhaftigkeit der Deutschnationalen erkannt hatte. Und man wird diesen Standpunkt in alle Zukunft beibehalten müssen, wenn nicht eine Charakterreinigung in jenen sich nach der Regierung drängenden Kreisen vor sich gehen sollte. Mit allen ehrlichen Männern aber, ganz gleich wie sie sich nennen, eine Regierung zu bilden, ist das Zentrum bereit.

Wir müssen noch die weitere Frage stellen, woraus denn eigentlich dieser Wahrhaftigkeits- und dieser Gerechtigkeitsgedanke erwachsen? — Es gibt darauf nur eine Antwort: Aus der geschlossenen weltanschaulichen Einstellung, mit anderen Worten aus der christlichen Weltanschauung des Zentrums. Wenn man das berücksichtigt, so erscheinen uns manche Dinge der Zeit mehr verständlich. Die gegenwärtigen Geisteskämpfe, mögen sie politisch oder kulturell oder sonstwie gestaltet sein, sind in erster Linie immer Kämpfe um die Weltanschauung. Man hat das Christentum praktisch von sich abgestreift, weil einem die Grundzüge der Wahrheit und Gerechtigkeit im täglichen Leben un bequem und hemmend gegenüberstanden. Demgegenüber wird uns die Bedeutung des Zentrums als christlicher Ideenträger umso klarer. Es offenbart sich hier, wer in der Praxis tatsächlich das Christentum vertritt. Man wird aber auch andererseits erkennen, auf welchem festfundierten Grunde das Zentrum sich sein Haus erbaut, und warum gerade die Politik berufen war und ist, Deutschland wieder zu neuem Aufstieg zu führen.

Wer am Diensttagabend, als der Parteitag sich dem Ende nahte, die Schlussrede des Kanzlers hörte, die von erglühender Liebe zu unserem Volke sprach, und die nochmals den klaren einfachen Weg skizzierte, den die Partei und die Gesamtpolitik zu gehen hat, dem wurde es klar, daß diese Partei die Partei des Volkes ist. Des gesamten Deutschlands. Und die Frucht dieser Politik wird im letzten Endes das höchste Gut einer Nation überhaupt sein: Wer nämlich in Wahrheit und Gerechtigkeit den Dienst am Volke leistet, wird dieses Volk auch einstens wieder zu der Freiheit führen. J. V.

Die wirtschaftliche Wiederherstellung

Bochum, 30. Oktober. Die Fabrikarbeiter Schule ist gestern von der französischen Besatzung freigegeben worden. Auch ein Teil der Polizeidirektion ist geräumt geworden. Im Stadtbezirk Bochum sind bis jetzt noch insgesamt 5 Schulen besetzt.

Triester, 30. Oktober. Im Eisenbahnbetrieb sind in den letzten Tagen Veränderungen eingetreten. Der Triester Hauptbahnhof hat bereits einen deutschen Vorkehrer. Bis zum 15. November werden von der Eisenbahn nur Franken in Zahlung genommen, dann jedoch nur deutsches Geld. In der Nacht vom 15. bis 16. November von 12 Uhr ab werden wieder deutsche Fahrkarten ausgegeben.

Dortmund, 30. Oktober. Der Sitz der Reichsbahndirektion Essen, bisher in Hamm, ist ab 28. Oktober vorübergehend nach Dortmund, Südbau 12, verlegt worden.

Düsseldorf, 30. Oktober. Die Verhandlungen der alliierten Mächte über die Kölner Zone sind für den 10. Dezember in Düsseldorf anberaumt worden.

Die Mäxam wird nun endgültig Düsseldorf den Rücken kehren. Die verbleibende gelten ihren Autopark und den Rest ihrer Immobilien.

Young und Gilbert in Berlin

Berlin, 30. Oktober. Der bisherige Generalagent für Reparationszahlungen, Owen Young, ist heute nach einer vierwöchigen Abwesenheit wieder in Berlin eingetroffen. An Be-